

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Mehr Markt, mehr Wettbewerb, Leistungsbereitschaft



An ihrem Parteitag in Basel fassten die FDP-Delegierten die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 3. März 1991. Ausserdem bestimmten sie den Kurs für die Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre. Mehr Markt, mehr Wettbewerb, Leistungsbereitschaft heisst die Devise. (Photo ruti)

In welche Richtung soll die Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre gehen? Angesichts der Tatsache, dass eine wirtschaftliche Abkühlung und ein härter werdender internationaler Standortwettbewerb zu erwarten ist, hat sich die FDP dieser Frage gestellt. Die Delegierten diskutierten das Thema im Januar in Basel. Das Kondensat dieser Tagung hielten sie in Grundsätzen fest.

AMK. Der Schweiz ist es bisher gelungen, bei wirtschaftlichen Abkühlungen den Schaden in Grenzen zu halten. Im Laufe der Zeit hat die Schweiz jedoch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüsst. Anstatt zu deregulieren – also Vorschriften abzubauen, um gute und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu erhalten – ist in der Schweiz

eine gegenläufige Tendenz festzustellen. Der Wirtschaft werden wettbewerbserschwerende Hindernisse in den Weg gestellt. Verschärft wird die Situation dadurch, dass in den EG-Staaten und in den aufsteigenden südostasiatischen Schwellenländern in den letzten Jahren wirtschaftlich bessere Rahmenbedingungen entstanden sind.

Die FDP der Schweiz orientiert sich in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne an vier zentralen Zielen: Freiheit, Wohlstand, Schutz sozial Schwacher und Sicherung einer gesunden Umwelt. Diese Ziele können nur mit einer konsequenten Verwirklichung einer liberalen Wettbewerbswirtschaft innerhalb einheitlicher und dauerhafter staatlicher Rahmenbedingungen verwirklicht werden. □

Filz, FDP und CVP

Es ist nicht das erstemal, dass den Freisinnigen vorgeworfen wird, sie seien mit der Wirtschaft verfilzt. Eine besonders heftige Attacke führte unlängst CVP-Parteipräsidentin Eva Segmüller.

AMK. In der «Sonntags-Zeitung» vom 20. Januar 1991 meinte CVP-Parteipräsidentin Eva Segmüller auf die Frage, ob sie eine Präsidentin ohne Macht sei: «Ich verkörpere keine wirtschaftliche Macht. Wie sich das gehört – sofern man nicht gerade in der FDP ist –, bin ich nicht mit der Wirtschaft verfilzt.»

Die FDP hat sich zum Thema Filz, Wirtschaft und Politik schon öfters Gedanken gemacht. Die von einigen als Vorwurf gemeinte Nähe zur Wirtschaft greift sie produktiv auf. Die FDP ist kompetent und verantwortungsbewusst auch in Wirtschaftsfragen.

Freisinnige wissen, worin Wohlstand und Sicherheit der Schweizer Bevölkerung begründet sind, auf welcher Basis Umweltschutz und soziale Leistungen möglich werden. «Politisches Handeln ohne ökonomische Einsicht ist Dilettantismus», meint denn auch FDP-Parteipräsident Franz Steinegger in einem Interview in diesem «Freisinn». Steinegger weist aber auch darauf hin, dass Politik nicht nur aus Wirtschaft besteht. □

Mehr darüber ab Seite 5

Inhalt

- Beiträge zu den Abstimmungen am 3. März finden Sie ab Seite **8**
- Gedanken über die Aktualität des Liberalismus und über Liberalismus im Alltag ab Seite **10**
- Wie viele Frauen sind im Parlament? Das fragen wir auf Seite **18**

FDP-Grundsätze Seite 7

FDP

Westeuropa nach dem «Wüstensturm»: Kombattante und Nichtkombattante

Der Krieg am Golf hat auch eine westeuropäische Dimension, hinter der sich eine politische Krise vorab in der Europäischen Gemeinschaft (EG) verbirgt. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten ist belastet. Die Politiker kaschieren die Krise, indem sie unter anderem das Palästinaerproblem in den Vordergrund stellen oder davon reden, dass nach dem Krieg die Grundlagen für eine dauerhafte Nahostlösung erarbeitet werden müssten.

Jacques Baumgartner

Wenn sich der «Wüstensturm» gelegt haben wird, dürfte nicht nur die nahöstliche, sondern auch die westeuropäische politische Landschaft nicht mehr dieselbe sein wie vor dem Krieg zur Befreiung von Kuwait. Westeuropa, und damit sind vor allem die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) gemeint, fiel es besonders schwer, aussenpolitisch gemeinsam zu handeln.

Jähes Erwachen

Langsam dämmert jetzt in einigen westeuropäischen Hauptstädten, dass man sich wahrscheinlich schon bald eine neue Aussen- und Verteidigungspolitik wird überlegen müssen.

Auch die neutralen Staaten, darunter vor allem die Schweiz, werden ihre «Haltung» neu definieren und belegen müssen. In der anbrechenden Nachkriegsordnung dürfte es keinen Platz und kein Verständnis mehr für Sonderfälle geben.

Die entstandene «Blockordnung» nach dem Zweiten Weltkrieg war eine einfache Welt. Es gab die Guten und die Bösen. Dann zerbrach der sich sozialistisch nennende Block der Kommunisten, und die Sowjetunion erheischt heute mehr Mitleid, als dass sie Furcht einflösste. Die osteuropäischen Staaten sind die Entwicklungsländer vor der eigenen Haustür und bedürfen dringend des westeuropäischen Beistandes, damit die

gemachten demokratischen Ansätze erhalten und weiterentwickelt werden können, es nicht einen repressiven Rückfall gibt.

Die Westeuropäer lehnten sich zu früh zurück. Saddam Hussein at-Takriti schreckte sie aus ihren Friedensträumereien auf. Er wollte sich dem kollektiven, von den Vereinten Nationen (Uno) bekundeten Willen nicht beugen, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Der Diktator begriff nicht (oder zu spät), dass das Uno-Ultimatum ernst gemeint war. Zu diesem seinem gewaltigen Irrtum trugen jene Westeuropäer bei, die andeuteten, eine friedliche Lösung sei vorzuziehen. Noch immer wird wehgeklagt, es seien nicht alle Verhandlungs- und Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft worden, um Saddam Hussein doch noch zur Einsicht zu bringen. Er hatte ein halbes Jahr Zeit, sich eines anderen, Besseren zu besinnen.

Auf wackeligen Füssen

Aber vergessen scheint zu sein, dass der Irak bereits im vergangenen Juli drohend erklärt hatte, alle Verhandlungsmöglichkeiten seien erschöpft, es bleibe nur noch die militärische Option. Saddam Hussein hatte von den arabischen Erdölstaaten gefordert, weniger zu fördern, damit der Preis des Erdöls auf den Weltmärkten ansteige und er seine leeren (Kriegs-)Kassen auffüllen könne. Auch verlangte er, dass ihm die milliardenschweren Schulden – eine Folge seines achtjährigen Aggressionskrieges gegen Iran – erlassen würden. Die Araber sagten Nein. Er raubte daraufhin Kuwait.

Der Krieg am Golf, das zögernde Engagement der EG-Europäer auf seiten der Allianz haben gezeigt, dass die angestrebte europäische politische Union noch auf recht wackeligen Füssen steht.

Zu den Sanktionen und zum Uno-Ultimatum konnten sich die Westeuropäer noch durchringen; die Schweiz vollzog die Sanktionen «autonom» nach. Als aber dann den Westeuropäern gemeinsames diplomatisches und letztlich militärisches Vorgehen abverlangt wurde, zerbröckelte und zerfiel die EG-Einheit in nationale Kleinlichkeit. Der deutsche Bundesausserminister, Hans-Dietrich Genscher, beispielsweise warf den Briten auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vor, das «relativ unkoordinierte» Verhalten der EG-Staaten im Golfkonflikt als Argument gegen einen schnellen Vollzug der politischen Union zu benutzen.

Die Briten sind von ihren EG-Partnern, vor allem von den Deutschen und Belgiern, tief enttäuscht. Den Belgiern wird übergenommen, dass sie sich weigerten, Munition für die über 30 000 am Golf kämpfenden britischen Soldaten zu verkaufen. Und die Deutschen müssen sich u. a. fragen lassen, ob die Amerikaner, Briten

und Franzosen 1953 die Eroberung von Westberlin durch die Sowjets im Namen des Friedens hätten hinnehmen sollen. Kapitulation vor einem Angriffsregime verhindert nicht den Krieg, sondern macht einen schlimmeren Krieg wahrscheinlicher.

Frust, aber keine Lust

Gewiss ist schon heute, dass die Amerikaner nach dem Krieg am Golf keine Lust mehr haben werden, den Westeuropäern länger ihre Sicherheit zu garantieren. Sie sind enttäuscht, mit gutem Grund.

Westeuropa zerfällt in Kombattante und Nichtkombattante. Über vierzig Jahre lang lebten die Westeuropäer bequem und gedeihlich hinter dem amerikanischen Schutzschild. Man wird einen Ersatz finden müssen, das heisst eine neue Verteidigungspolitik.

Die bevorstehende Nahostkonferenz wird ein Mammutunternehmen sein. Es dürfte sich jahrelang hinziehen, vergleichbar der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), die 1975 in Helsinki begann und im November 1990 in Paris mit der Unterzeichnung der «Charta für ein neues Europa» endete. □

Sonderfall?

Die Schweiz vollzog die Uno-Sanktionen gegen den Irak «autonom» nach. Mit Ablauf des Uno-Ultimatums – 15. Januar, Mitternacht in New York – verbot die Schweiz die Waffenausfuhr an die Türkei. Österreich erlaubte die Waffenausfuhr an Staaten, die an der von den Vereinten Nationen angeordneten Aktion teilnehmen, um dem Völkerrecht Nachachtung zu verschaffen. Die Schweiz scheint Neutralität «differenziert» anzuwenden. Mit den Wirtschaftssanktio-

nen solidarisierte sie sich mit der internationalen Gemeinschaft. Mit dem Waffenausfuhrverbot und der Sperrung des schweizerischen Luftraumes für Flüge der Alliierten, welche der Kriegsführung dienen, solidarisiert sich die Schweiz mit dem Aggressor, mit Saddam Hussein. Es sind die Alliierten, die auch für die Schweiz am Golf ihr Leben riskieren. Es könnte der Sonderfall eintreten, dass die internationale Gemeinschaft künftig «Sonderfällen» eine Sonderimportsteuer auferlegt, für Erdölimporte beispielsweise... J. B.

Susanna Fassbind: Vom «Baum der Erkenntnis» bis «Management by love»

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet Ihre grösste Hoffnung?

Auf der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in allen Belangen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Intoleranz

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Rad; Fernseher.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Meinungsvielfalt und nicht zuletzt die vielgestaltige Landschaft mit den Jahreszeitenwechseln.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Auch ein negativer Aspekt hat für mich immer soviel Positives, dass mir nichts zum vornherein missfällt.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russels einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Klares Ja. Mit Stosseufzer: Minderheiten brauchen viel Mut und noch mehr Standvermögen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Das liberale Gedankengut ist für mich das einzig Mögliche.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Václav Havel, José Lutzenberger. Eine Frau als Nobelpreisträgerin Politik war leider nicht ausfindig zu machen!

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Offenheit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Gemeinsam die Gleichberechtigung in die Tat umsetzen.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Ungeduld; Durchhaltevermögen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Ich lese immer mehrere Bücher gleichzeitig. Humberto Maturara: Der Baum der Erkenntnis. Gerd Gerken: Management by love. Hermann Meyer: Der Tod ist kein Zufall.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Jeden Tag Morgenturnen, Yoga, velofahren und lesen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Singen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Dimitri, weil ich die Tiefsinnigkeit seiner Kunst bewundere. □



Susanna Fassbind, Unternehmens- und Umweltberaterin und somit interessiert an Ökonomie und Ökologie, hier bei Ausführungen zum Thema Luft an der Zuger Herbstmesse.

Kurzbiographie

Susanna Fassbind

Zur Person: Unternehmens- und Umweltberaterin mit Freude an persönlicher Überzeugungskraft, Sinn für erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Interessiert an Ökologie und Ökonomie.

Alter: 47½

Berufliche Stationen: Matura A, Studium Geschichte, Deutsch, Französisch. Arbeit als Lehrerin, Journalistin, Texterin, Designerin. Während 15 Jahren freiberufliche Tätigkeit als Unternehmens- und Marketingberaterin (für Gewerbebetriebe, Banken, Badezim-

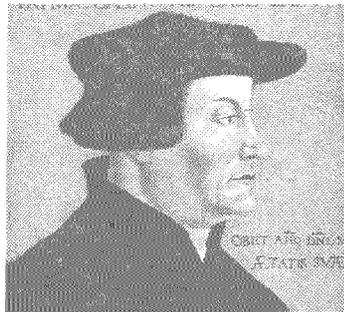
mer-Accessoires, Keramikplatten, Strickgarne, Heimtextilien usw.) Seit drei Jahren Umweltberatung im Auftrag von Gemeinden, Kanton, Bund.

Politischer Werdegang: im Vorstand der FDP Hünenberg, Mitarbeit in der Freisinnigen Frauengruppe des Kantons Zug. Gründung einer Umweltberatung. Präsidentin des Vereins Umwelt Zug mit Team von 35 Umweltberatern (-innen). Regierungsratskandidatin der FDP des Kantons Zug 1990.

Liebste Tätigkeiten: Schreiben, Lesen, Gemüse und Blumen pflanzen. □



Grosse Schweizerinnen und Schweizer



Huldrych Zwingli



Charles Pictet de Rochemont



Germaine de Staël



Johanna Spyri

Anna-Marie Kappeler

Wie soll man ein Buch beschreiben, das auf 752 Seiten hundert Porträts bedeutender Schweizerinnen und Schweizer enthält? Man wird nur exemplarisch einige Namen herausstellen können und dennoch einen Überblick geben wollen. Zu den hundert Namen bedeutender Landsleute aller Jahrhunderte kommen zudem 68 Namen von Autoren, welche diese Porträts geschrieben haben. Auch sie sind interessant, bilden gleichsam eine aktuelle Bestandesaufnahme in der Schweiz wirkender kultureller Kräfte.

Die Idee, bedeutende Schweizer Persönlichkeiten in einem Buch zu vereinen, ist nicht neu. Zu den ersten in der Schweiz herausgegebenen Werken des Atlantis-Verlags gehörte in den dreissiger Jahren der nahezu 800 Seiten umfassende Band «Grosse Schweizer». Dreizehn Porträts wurden aus diesem Buch übernommen. Das Projekt steht heute im Zeichen der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, es soll zur Besinnung auf die Schweiz einen Beitrag liefern. Erbe als Auftrag heisst denn auch der Untertitel des Buches. – Dem Verlag und den Herausgebern, Erwin Jaeckle, ehemals Chefredaktor der «Tat», und Eduard Stäuble, Journalist und Kulturbetreuer des Schweizer Fernsehens, gebührt Dank, die Idee eines solchen Werkes realisiert zu haben.

Im «Freisinn» soll das Buch in zwei Teilen vorgestellt werden. Zunächst sollen die ersten fünfzig Porträts summarisch betrachtet werden, im nächsten «Freisinn» dann die restlichen fünfzig Porträts. Die

Auswahl richtet ihren Blickwinkel vor allem auf Persönlichkeiten, die im weitesten Sinn politisch wirkten und auf die Frauen.

Gestaltende Kräfte

Wenn ein Rezensent in höhnischem Spott geschrieben hat, unter den hundert bedeutenden Persönlichkeiten der Schweiz befänden sich praktisch keine Politiker, dann hat das vor allem damit zu tun, wie er einen Politiker definiert, nämlich als Bundesrat oder als Nationalrat.

Wenn man den Politiker aber als jemanden versteht, der die Gesellschaft im weitesten Sinn mitgestaltet, dann ist das Buch voller Politiker. Überraschende Politiker in diesem Sinn sind in den ersten fünfzig Porträts etwa Niklaus von Flüe, Zwingli, Calvin, Johann Rudolf Wettstein, de Rochemont oder Ignaz Paul Vital Troxler.

Der Abt des Klosters Einsiedeln, Georg Holzherr, schreibt über den grossen Eremiten im Ranft, Niklaus von Flüe (1417–1487), ein einfühlsames Porträt. Die Theologen Büsser und Saxer stellen Zwingli und Calvin vor.

Theologie und Politik

Über das politische Wirken Zwinglis (1484–1531) schreibt Büsser: «Neben der theologischen Lehrtätigkeit und Schriftstellerei spielte in Zwinglis Leben die Politik ohne Zweifel eine ebenbürtige Rolle. Ich erwähnte bereits die Wurzeln: das besondere Engagement des schweizerischen Humanisten für eine politische Erneuerung der Eidgenossenschaft, die Konfrontation des Glarner Pfarrers mit der harten politischen Wirklichkeit, den daraus resultierenden Kampf

gegen das Reislafen und Pensionenwesen. In Zürich erreichte er 1521 das Fernbleiben vom französischen Bündnis.

Als Reformator wollte, konnte er sich damit nicht begnügen. Seine Predigt zielte auf eine Reform der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der gesamten Eidgenossenschaft. Nachdem in einem nicht geringen Ausmass durch freundschaftliche Beziehungen Zwinglis zu führenden Theologen und Politikern die Reformation sich bis 1528/29 auch in den Städten St. Gallen, Schaffhausen, Basel und vor allem im mächtigen Bern durchzusetzen vermochte, dachte Zwingli – hier nun in der Rolle eines alttestamentlichen Propheten – dieses Ziel mit allen Mitteln zu verwirklichen» (S. 52).

Saxer hält in seinem Porträt fest, dass Calvin (1509–1564) ein Kirchenmodell errichtet hat, dessen Struktur sich in den späteren staatsfreien oder unterdrückten reformierten Kirchen vieler Länder selbsttragend bewährt habe. Die calvinistische Kirchenordnung sei einer der Ursprünge der modernen Demokratie.

Anregung zu intensiver Beschäftigung

Edgar Bonjour positioniert Johann Rudolf Wettstein (1594–1666) gleich im ersten Satz seines Aufsatzes: «Bürgermeister Wettstein stellt den wichtigsten Beitrag Basels zum älteren eidgenössischen Staatsleben dar» (S. 123). Noch immer aktuell scheint Wettsteins Auffassung von Neutralität: Es genüge nicht, meinte er, die Hände in den Schooss zu legen, man müsse des Nachbarns Haus löschen

helfen, um das eigene zu erhalten.

Es kann hier nicht darum gehen, Wettsteins Persönlichkeit, Führungskraft, seinen Einsatz zu beschreiben. Wettstein ist eine Figur, die eine intensive Beschäftigung verdient.

Das gleiche gilt natürlich auch für Charles Pictet de Rochemont (1755–1824), für Troxler (1780–1866) und viele andere Schweizerinnen und Schweizer, die im Buch vorgestellt werden. Ein kurzes Porträt kann dazu die Anregung sein.

Zwei Frauen

Apropos Schweizerinnen: in den ersten fünfzig Porträts werden nur gerade zwei vorgestellt: Germaine de Staël (1766–1817), dargestellt von Manfred Gsteiger, und Johanna Spyri, porträtiert von Verena E. Müller (1827–1901). Das ist typisch dafür, dass Frauen bis heute nicht oder nur als Ausnahmeerscheinungen Subjekt der Geschichte sind. Typisch ist auch, dass beide als Schriftstellerinnen herausragten, in einer Domäne also, die Frauen relativ früh schon zustanden wurde. Germaine de Staël ist und war zudem – und das scheint noch wichtiger – eine Symbolfigur, ein Musterbeispiel einer emanzipierten Frau.

(Der zweite Teil der Buchbesprechung folgt im nächsten «Freisinn».)

Grosse Schweizer und Schweizerinnen.
Erbe als Auftrag. Hundert Porträts. Herausgegeben von Erwin Jaeckle und Eduard Stäuble. 752 Seiten, mit einer Farbtafel und 107 zum Teil ganzseitigen Abbildungen. Fr. 75.– Verlag Th. Gut & Co., 8712 Stäfa.



Franz Steinegger: «In der Regel steht mit dem Stichwort Filz die Produktion im Vordergrund. Ich kann deshalb mit dem Vorwurf der Verfilzung mit der Wirtschaft gut leben. Es ist nicht ehrenrührig, mit denjenigen gute Verbindung zu haben, die arbeiten und produzieren.» (Photo ruti)

«Reformanstrengungen und politisches Handeln ohne ökonomische Einsicht ist Dilettantismus»

Immer wieder wird der FDP vorgeworfen, sie sei mit der Wirtschaft verfilzt. In der «Sonntags-Zeitung» vom 20. Januar 1991 beispielsweise meinte CVP-Parteipräsidentin Eva Segmüller: «Macht ist in unserem Land oft verquickt mit wirtschaftlicher Führung. Und das unterscheidet mich von den Männern: Ich verkörpere keine wirtschaftliche Macht. Wie sich das gehört – sofern man nicht gerade in der FDP ist –, bin ich nicht mit der Wirtschaft verfilzt. Ich habe kein einziges Mandat.» – Was meint FDP-Parteipräsident Franz Steinegger zum Thema Wirtschaft, Politik und Filz?

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Was sagen Sie zum Vorwurf, die FDP sei mit der Wirtschaft verfilzt?

Franz Steinegger: «Die Wirtschaft besteht aus Produk-

tions- und Konsumvorgängen. Jedermann beteiligt sich daran. Mit Ausnahme einiger Aussteiger ist somit jeder mit der Wirtschaft verfilzt. Und selbst der Aussteiger verlangt im Notfall nach dem Rettungshelikopter, nach der Hochlei-

Fortsetzung auf Seite 6



Franz Steinegger: «Heute besteht die Gefahr, dass wir in der Schweiz in den Bereichen Marktwirtschaft, Leistungsbereitschaft, Wettbewerb schlechter werden und der Rest der Welt besser geworden ist.» (Photo sprecher+schuh)

Fortsetzung von Seite 5

stungsmedizin usw. In der Regel handelt es sich also um einen temporären Ausstieg.

In der Regel steht mit dem Stichwort Filz die Produktion im Vordergrund. Ich kann deshalb mit dem Vorwurf der Verfilzung mit der Wirtschaft gut leben. Es ist nicht ehrenrührig, mit denjenigen gute Verbindungen zu haben, die arbeiten und produzieren.

Der deutsche Soziologe Helmut Schelsky hat auf Vorgänge hingewiesen, welche mitbegründen können, warum der Filzvorwurf plötzlich zum Thema gemacht worden ist. Helmut Schelsky hat auf die Ausbeutung der produktiven Arbeit durch die sogenannten Sinn-Produzenten hingewiesen. Das Umschlagen von legitimen Reformbestrebungen der praktischen Vernunft in einen ausbeutenden und ideologischen Klassenkampf der Sinn-Produzenten über die güterproduzierende Arbeit sei eine entscheidende soziale Veränderung der westlichen Gesellschaft. Wenn die Abwertung und Verleumdung des Leistungsprinzips hingenommen werde, würde dies zu einer Selbstentmachtung der Arbeit zugunsten der neuen (Sinn-Technologen) oder einer (herrschenden Leisure-Class) führen.»

Wie beurteilen Sie Mandatshäufungen?

Franz Steinegger: «Mit den Mandaten meinen Sie wahrscheinlich die Verwaltungsratsmandate. Es gibt unbedenk-

liche Mandatshäufungen. Etwa, wenn es sich um Domicilfirmen handelt. Problematisch sind Mandatshäufungen, die mit keiner echten Leistung mehr in Zusammenhang stehen, sondern einfach eine gegenseitiges Bestätigen innerhalb einer Clique darstellen.»

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik allgemein, zwischen Wirtschaft und FDP im speziellen?

Franz Steinegger: «Für mich ist Politik die Aufgabe, eine Gemeinschaft zu führen. Es müssen also die verschiedensten Gesichtspunkte und Interessen berücksichtigt werden. Eine liberale Partei muss sich dabei immer um das Bessere bemühen. Angesichts der Bedeutung der Wirtschaft für die Gemeinschaft ist es für mich selbstverständlich und notwendig, dass meine Partei mit der Wirtschaft gute Beziehungen unterhält und sich von dort Informationen beschafft.

Reformanstrengungen und politisches Handeln ohne ökonomische Einsicht ist Dilettantismus. Es gibt genügend Beispiele auf der Welt, wo Länder sich mit Sozialisierung und wirtschaftsfeindlicher Politik in hintere Ränge der Wohlfahrt manövriert haben.

Andererseits besteht Politik nicht nur aus Wirtschaft, und auch die Wirtschaft tendiert oft auf Monopole und Erhaltung von überholten Strukturen. Dazu kommen ökologische Erfordernisse sowie Postulate der Gerechtigkeit und der sozialen Sicherung. Diese Gesichts-

punkte müssen von der Politik berücksichtigt werden.

Die Wirtschaft ist deshalb ein wichtiger Ratgeber, und die Erhaltung und Herstellung von zweckmässigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ist ein erstes Ziel. Wir sind bei dieser Arbeit aber keine Befehlsempfänger der Wirtschaft. Wir müssen die eigenen Perspektiven unter Berücksichtigung aller Elemente entwickeln.»

Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre in der Schweiz: Wie müssen die Schwerpunkte gesetzt werden?

Franz Steinegger: «Wir sind trotz fehlenden Bodenschätzen und ohne direktes Angrenzen ans Meer eines der reichsten Länder der Welt. Dazu haben unsere Arbeit beziehungsweise die Arbeit unserer Vorfahren und die Verschonung vor kriegerischen Verwüstungen beigetragen.

Von entscheidender Bedeutung waren aber die klare marktwirtschaftliche Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik und das Entstehen für Leistungsbereitschaft. Die vernünftige Ordnungspolitik war ein entscheidender Wettbewerbsfaktor.

Heute besteht die Gefahr, dass wir in diesem Bereich schlechter werden und dass der Rest der Welt besser geworden ist. Für die neunziger Jahre braucht es deshalb einen neuen Ruck Richtung Marktwirtschaft, also Richtung Markt, Wettbewerb und Leistungsbereitschaft.»

Bedeutet das eine Renaissance dessen, was der Slogan der FDP 1987 ausdrückte: «Mehr Freiheit und Verantwortung, weniger Staat»?

Franz Steinegger: «Der Ruf Richtung Öffnung und Erneuerung geht über den früheren Slogan hinaus. Es geht nicht nur um eine Limitierung des öffentlichen Sektors, sondern auch um den Einsatz erprobter marktwirtschaftlicher Instrumente in anderen Politikbereichen wie in der Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Es geht aber auch gegen protektionistische Praktiken und die daraus folgende Sklerose in der Wirtschaft selbst.» □



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz plädiert für den Ausbau der freien Marktwirtschaft.

(Photo ruti)

Mehr Konkurrenz

Politische Freiheit, Demokratie und Menschenrechte können langfristig nur in einem freien Wirtschaftssystem, in einer Marktwirtschaft, in einem Konkurrenzsystem verwirklicht werden. In der Schweiz muss die umfassende freie Marktwirtschaft ausgebaut werden. Damit meine ich, dass wir alle, Entscheidungsträger im öffentlichen wie im privaten Leben, unsere Entscheidungen mit unseren Absichtserklärungen in Übereinstimmung bringen müssen. Die Mechanismen der Marktwirtschaft müssen ohne Hindernisse funktionieren.

Im Zentrum der Marktwirtschaft steht das freie Spiel der Kräfte, die Konkurrenz. Solange die Marktwirtschaft aber noch Sonderbereiche unterhält, kann sich die liberale Marktwirtschaft nicht erfüllen. Nur das nationale Interesse gestattet einige wenige Ausnahmen. Die Marktwirtschaft aber lebt grundsätzlich aus der Konkurrenz. Das ist ihr natürlicher Betriebsstoff.

Konkurrenz im Inneren: Seit 1848 ist die Schweiz ein grosser Markt. Dennoch bestehen noch kantonale Überbleibsel an Sonderrechten, die es abzubauen und dann zu tilgen gilt.

Konkurrenz gegen aussen: Es muss noch viel unternommen werden, damit die Schweizer Wirtschaft Impulse bekommt. Diese Impulse erhält sie in erster Linie durch die Konkurrenz der anderen. Sie muss aber auch in der Lage sein, sich der Konkurrenz ohne Vorbehalte stellen zu können. Denn die Gegenseitigkeit ist unabdingbar. □



Franz Steinegger: «Für die neunziger Jahre braucht es in der Schweiz einen neuen Ruck Richtung Marktwirtschaft, Wettbewerb und Leistungsbereitschaft.» (Photo ruti)

Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre

Die Schweiz kann sich dem internationalen Wettbewerb nicht durch Abschottung entziehen. Sie kann Wohlstand, Freiheit, den Schutz sozial Schwacher und eine gesunde Umwelt nur dann nachhaltig sichern, wenn sie ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so gestaltet, dass die Schweiz auch weiterhin nicht nur europafähig, sondern weltfähig bleibt. Um die zahlreichen natürlichen Nachteile – etwa das Fehlen von Rohstoffen oder eines direkten An grenzens ans Meer – wettzumachen, benötigt die Schweiz sogar besonders günstige ordnungspolitische Rahmenbedingungen.

● Nur die Marktwirtschaft vermag, indem sie zur Effizienz die Ressourcen dem «besten Wirt» zuleitet, Wohlstand für alle in hohem Masse zu sichern. Sie führt bei Knappheit eines Gutes zu hohen Preisen und gibt damit Anreize zu haushälterischem Verhalten bzw. zu erhöhter Produktion. Sie lenkt die Anstrengungen dorthin, wo ungestillte wirtschaftliche Bedürfnisse vorliegen.

● Nur die Marktwirtschaft vermag Freiheit und Selbstverantwortung der Individuen sicherzustellen. Je konsequenter sie verwirklicht ist, um so mehr Wahlmöglichkeiten stehen den Menschen offen. Nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, welche möglichst viel Freiheit der Wahl gewährt, sind Selbstverantwortung und moralisches Handeln des Einzelnen in einem Höchstmass möglich.

● Nur die Marktwirtschaft vermag ein Optimum an sozialer Sicherheit für alle Bedürftigen zu gewähren, wobei wieder vermehrt in Erinnerung zu rufen ist, dass das Soziale der Marktwirtschaft im Marktprozess selbst und nicht in sozialpolitischen Korrekturmassnahmen besteht. Zum einen erbringt die Marktwirtschaft aus sich heraus bedeutende Sozialleistungen, weil sie mit ihrer Effizienz den verteilbaren Kuchen und somit das für Sozialleistungen Abzweigbare vergrössert. Zum andern kann gerade in der Sozialpolitik nicht auf die Effizienz des Markt-



Welche alten Zöpfe lassen sich abschneiden, damit das freie Spiel der Kräfte in der Marktwirtschaft besser funktioniert? Als Gruppenleiter und als Referenten stellten ihre Lösungsvorschläge zur Diskussion (vordere Reihe, von links): Generaldirektor Maurice Jacot, Bereich Umweltschutz; FDP-Ständerat René Rhinow, Bereich Telekommunikation; Professor Jürg H. Sommer, Bereich Gesundheitswesen; FDP-Regierungsrat Hans Rudolf Striebel, Bildungssektor; Bankdirektor Claudio Generali, Bereich Finanzmärkte; und FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry, Bereich Bauen und Wohnen. (Photo ruti)

mechanismus verzichtet werden, soll diese Politik nicht an Finanzierungsgrenzen stossen und damit für viele wichtige Anliegen keine Mittel mehr übriglassen.

● Die Marktwirtschaft ist also keine Ordnung bloss für den produzierenden Teil unserer Gesellschaft. Marktwirtschaftliche Instrumente in der Sozial-

politik ermöglichen es, ein gleiches Mass an sozialem Schutz wie heute mit geringeren Kosten oder ein höheres Mass an sozialem Schutz mit gleichen Kosten wie mit der bisherigen Politik zu erreichen. Diese marktwirtschaftlichen Instrumente vermeiden die vielen kontraproduktiven Wirkungen der traditionellen, interventioni-

stischen Sozialpolitik, und sie sind bedürfnisgerechter. Deshalb ist auch in der Sozialpolitik dem Markt zunehmend zum Durchbruch zu verhelfen.

● Nur die Marktwirtschaft wird in der Lage sein, mit den ökologischen Herausforderungen unserer Zeit fertig zu werden. Marktwirtschaftliche Instrumente des Umweltschutzes weisen die gleichen Vorteile auf, welche wir aus den Erfahrungen mit den Marktmechanismen in den Bereichen der Güter- und Dienstleistungsproduktion kennen. Indem sie mit Anreizen anstatt mit Geboten und Verboten arbeiten, lassen sie den Konsumenten und Herstellern Handlungsspielräume und erreichen dennoch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die vorgegebenen Umweltschutzziele. Marktwirtschaftliche Instrumente ermöglichen eine Senkung der Umweltschutzkosten bei gleichzeitig hohem ökologischem Zielerreichungsgrad. Vor allem aber führt der Einsatz dieser Instrumente zur permanenten Suche nach noch besseren Möglichkeiten, um die Umwelt nicht zu belasten.

Eine konsequente marktwirtschaftliche Ordnungspolitik hat nichts mit einer Laissez-faire-Wirtschaft zu tun. Sie verlangt vielmehr nach klaren, griffigen, aber vor allem stabilen staatlichen Rahmenbedingungen. Diese müssen sicherstellen, dass in möglichst vielen Bereichen, nicht nur in der Wirtschaft im engeren Sinne, sondern weit darüber hinaus im sozialen, im Bildungsbereich, in den Medien und in der Kultur Wettbewerb stattfindet und dass sich der tief verwurzelte Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz und zur protektionistischen Sicherung von Partikularinteressen – nicht nur der Unternehmungen, sondern aller gesellschaftlichen Gruppen – nicht ausleben kann. Ausserdem braucht der Markt insbesondere im Bereich der Umwelt- und der Sozialpolitik Krücken, damit er überhaupt funktionieren kann. Auch das ist mit staatlichen Rahmenbedingungen gemeint. Solches Vorgehen darf aber nicht mit einer interventionistischen Politik verwechselt werden. □

Grundsätze der FDP

- Die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft muss erhalten, ja sogar gestärkt werden, um vor dem Hintergrund der europäischen Integration und der weltwirtschaftlichen Vernetzung bestehen zu können.
- Der Gesetzgeber, die Bundesverwaltung, die Politik sowie die schweizerische Wirtschaft müssen sich mit Mut und Kraft zu einer konsequenten ordnungspolitischen Linie zusammenfinden.
- Dem Staat kommt in einer so verstandenen Wirtschaftspolitik die Rolle zu, sich jeglicher kurzfristigen, punktuellen Intervention in den Wirtschaftsprozess zu enthalten, aber durch das Setzen von Rahmenbedingungen, welche auf Wettbewerb und Subsidiarität vertrauen, ein

Funktionieren der Märkte sicherzustellen und gleichzeitig bestimmte gesamtgesellschaftliche Ziele zu verwirklichen.

- Der Staat muss eine Ordnungspolitik immer am «radikalen» (im besten Sinne des Wortes) Leitbild eines voll funktionierenden Marktes messen, auch wenn dieses Leitbild, so wie jedes andere Leitbild auch, in der Realität niemals voll verwirklicht werden kann. In diesem Sinne gehören Deregulierung und Privatisierung zu vordringlichen Aufgaben der schweizerischen Ordnungspolitik. □

Verabschiedet an der a. o. Delegiertenversammlung vom 16. Januar 1991 in Basel (gekürzte Fassung). Das vollständige Exemplar können Sie auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, verlangen.

In der Märzsession 1989 wurden mehrere parlamentarische Initiativen eingereicht, welche das Stimmrechtsalter auf eidgenössischer Ebene auf 18 Jahre senken sollen. Die Kommission des Nationalrates hat am 30. Januar 1990 beschlossen, dem Nationalrat eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung zu beantragen. Die Kommission wählte dazu ein «beschleunigtes Verfahren», damit die Möglichkeit bestünde, die Volksabstimmung bereits im Jahre 1991 «als Geschenk an die Jugend zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft» durchzuführen. Mittlerweile haben National- und Ständerat der Vorlage zugestimmt. Die Volksabstimmung ist auf Anfang März 1991 festgelegt worden.



Öffnen wir den rund 160 000 18- und 19jährigen Schweizerinnen und Schweizern eine Tür, sagen wir Ja zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18. (Photo AMK)

Eine echte Chance für die Jugend

Nationalrat Rolf Büttiker (SO)

In 15 Kantonen und Halbkantonen ist das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 oder 19 bereits Wirklichkeit. Nur 13 Kantone haben es allerdings integral auf kantonaler Ebene eingeführt. Es sind dies (in Klammern das Einführungsjahr): Schwyz (1883), Jura (1978), Neuenburg (1979), Waadt (1980), Zug (1980), Genf (1980), Basel-Land (1980), Glarus (1980), Nidwalden (1982), Obwalden (1983), Basel-Stadt (1988), Uri (1989) und Bern (1989).

In den Kantonen Luzern und Graubünden haben die Gemeinden die Möglichkeit, das Stimmrechtsalter in kommunalen Angelegenheiten auf 18 Jahre zu senken. Hinzu kommen erneute Bestrebungen in Parlamenten und Regierungen zur Senkung des Stimmrechtsalters in den Kantonen Zürich,



FDP-Nationalrat Rolf Büttiker, Co-Präsident des Aktionskomitees für das Stimm- und Wahlrechtsalter 18.

Solothurn, Schaffhausen, Aargau und Wallis.

Eingeführt ist das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 bereits in folgenden Ländern: USA, Kanada, Albanien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, UdSSR und Ungarn. Österreich kennt das Wahlrechtsalter 19.

Beteiligung

Die Jugend ist ein Teil unserer Gesellschaft. Die meisten Probleme der Jungen sind im Grunde genommen die Probleme von uns allen. Wir können nun aber nicht behaupten, in der Schweiz bestimme die Jugend den Gang der Dinge. Sie hat kaum Einfluss auf die politischen Entscheidungen. Wenn wir mit unseren zukünftigen Aufgaben zu Rande kom-

Überalterung der Schweizer Bevölkerung

Wie die folgende Tabelle zeigt, hat sich der Anteil der jungen Menschen an der Gesamtheit der Stimmbürger in den letzten achtzig Jahren zugunsten des Anteils der älteren Menschen kontinuierlich vermindert:

Altersgruppen	Prozentuale Anteile an der Wohnbevölkerung (Schweizer Bürger)		
	1910	1950	1988
0-19	41,1	31,1	23,5
(davon 18-19)	(3,5)	(2,8)	(2,8)
20-39	29,5	28,4	30,0
40-59	19,8	26,5	24,9
60-79	9,0	12,8	17,6
80 und mehr	0,6	1,2	4,0
Total	100	100	100

Aufschlussreich ist auch der folgende Vergleich: Das Verhältnis der 18- und 19jährigen zu den 68- und 69jährigen betrug im Jahre 1910 noch 4 zu 1, im 1988 hingegen 3 zu 2.

Durch eine Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters könnte das zunehmende politische Gewicht der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung zumindest teilweise etwas ausgeglichen werden. Grössere politische Veränderungen sind deswegen allerdings keineswegs zu erwarten, nimmt doch die Zahl der heute 4,3 Millionen Stimmberechtigten durch die etwa 160 000 18- und 19jährigen nur geringfügig zu.

Worum geht es?

Das Stimm- und Wahlrechtsalter soll von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt werden. Bundesrat und Parlament empfehlen, einer entsprechenden Änderung der Bundesverfassung zuzustimmen. Den Achtzehn- und Neunzehnjährigen soll damit auch auf Bundesebene ein Recht zugestanden werden, das ihnen die Mehrheit der Kantone bereits gewährt hat.

men wollen, müssen wir der jungen Generation unverzüglich zu verstehen geben, dass ihr Einsatz einen Sinn hat. Eine Gesellschaft, in der die Partizipation der Jugend ein Grundelement bildet, bietet allen konkret die Möglichkeit einer harmonischen menschlichen Entwicklung.

Wir müssen folglich darauf achten, dass das jugendliche Element vermehrt auf allen Ebenen am Entscheidungsprozess teilhaben kann. Wir müssen den Jungen die Türe öffnen, um sie an dem teilnehmenden Leben vorbestimmt. In

unseren westlichen Gesellschaften, die durch ein Altern der Bevölkerung geprägt sind, bedeutet eine partnerschaftliche Politik mit der Jugend einen Akt des Vertrauens in die Zukunft.

Eine Vielzahl der 18- bis 20jährigen tragen vor allem im Berufsleben bereits hohe Verantwortung. Sie bezahlen Steuern, und als Arbeitnehmer leisten sie auch Sozialversicherungsbeiträge. Mit 18 Jahren dürfen Jugendliche Motorfahrzeuge lenken und ab 18 Jahren unterstehen sie grundsätzlich den Bestimmungen des Erwachsenenstrafrechts, abge-

sehen von einigen speziellen Regelungen für junge Erwachsene von 18 bis 25 Jahren. Bereits mit 16 Jahren erhalten die Jugendlichen die religiöse Mündigkeit. Für viele Jugendliche bedeutet das Alter von 17 bis 19 Jahren den Eintritt in das Erwachsensein, wozu eben auch die politische Handlungsfähigkeit gehört.

Es ist schon fast ein bisschen unfair, von den 18- bis 20jährigen eine bessere Beteiligung an der Urne zu verlangen, als dies ihnen die älteren «Staatsbürger-Vorbilder» heute demonstrieren. Mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 18 kann man die prozentuale Stimm- und Wahlbeteiligung nicht erhöhen. Aber man kann die demokratische Basis in absoluten Zahlen erweitern, indem man das zahlenmässige Gewicht der jungen Generation an der Urne erhöht.

Chance geben

Viele Mittel- und Berufsschullehrer geben sich Mühe, die Jugendlichen auf ihre Rolle als Staatsbürger vorzubereiten. Der staatsbürgerliche Unterricht hat aber den grossen Mangel, dass eben alles nur graue Theorie ist. Die besten Ansätze im Unterricht versanden, weil schliesslich alles nur Sandkastenübungen sind. Die Zeit der Sandkastenspiele ist aber vorbei. Sandkästen sind gut für Kinder, aber nicht für junge Erwachsene.

Die junge Generation will neue Wege gehen, Klarheit schaffen, Neues entdecken. Beweglichkeit ist ihrem Wesen gemäss als Reglosigkeit. Die Jugend ist der Strom des Lebens, mit der Mündung in die Zukunft. Deshalb sollte man ihr – sie achtend und fordernd – eine echte Chance geben! □

Parolen der FDP der Schweiz

JA
zum **Bundesbeschluss über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre**

NEIN
zur **Volksinitiative «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs»**

LdU-Initiative: ein utopisches Vorhaben

Die Initiative des Landesrings rennt offene Türen ein. Für den öffentlichen Verkehr hat das Parlament bereits verschiedenste wegweisende Beschlüsse gefasst. erinnert sei hier nur an den Leistungsauftrag für die SBB, Tarifvergünstigungen oder die Revision des Treibstoffzollgesetzes. In diesen Vorlagen ist eine Ausweitung in Richtung Entflechtung zwischen privatem und öffentlichem Verkehr enthalten. Überwiesen wurde auch eine parlamentarische Initiative Béguelin, welche die Förderung des Agglomerationsverkehrs wie auch des Verkehrs für Berg- und Randregionen fordert. Verabschiedet wurde sodann auch ein Anschlussgeleisegesetz.



FDP-Nationalrat Karl Weber, Co-Präsident des schweizerischen Aktionskomitees gegen die überholte LdU-Verkehrsinitiative.

Nationalrat Karl Weber (SZ)

Die Landesring-Initiative gleicht einer Wundertüte. Der Text des Vorstosses ist voll von materiellen Unklarheiten. So fordert man etwa ein landesweites Basisangebot (was immer das heissen mag), dichte Fahrpläne und günstige Tarife (vermutlich immer und überall). Erschliessung aller Berg- und Randgebiete (es wird nicht ausgesagt wie, wie weit und wann). Es wird eine unbestrittene Forderung aufgenommen: Güter-Transitverkehr vorwiegend auf die Schiene. Dann wird auch vom Güterfernverkehr gesprochen, wobei man noch nicht weiss, was das bedeuten soll.

Die Aufzählung zeigt, dass man eigentlich Selbstverständlichkeiten in die Verfassung aufnehmen will und auf der anderen Seite Forderungen stellt, welche durch Verordnungen auch gelöst werden könnten.

Es scheint, dass dem Initiativtext vorwiegend die Zürcher Agglomerationsoptik zu Gevatter stand. Selbstverständlich versucht man, mit verschwommenen Formulierungen auch das Berg- und Randgebiet zu locken, um nicht zu sagen zu ködern. Tatsache ist aber, dass man Agglomerationsprobleme zulaufen der Treibstoffträge und damit zum Nachteil der anderen Kantone und Gemeinden lösen will.

Mit dieser Volksinitiative verbunden wären sodann eine zusätzliche Kompetenzübertragung an den Zentralstaat, Abbau des Mitspracherechts und zugleich vermehrte Defizitbeteiligung der Kantone. Bei Annahme der Initiative würde nicht nur eine weitere Zweckentfremdung von Treibstoff-



Die Förderung des öffentlichen Verkehrs hat bereits eine hohe Priorität. Die LdU-Initiative ist daher nicht mehr nötig. (Photo AMK)

tragen eingeleitet, sondern man würde den Kantonen und Gemeinden bedeutende Mittel vorenthalten, welche sie zur Bewältigung der eigenen Infrastrukturaufgaben dringend nötig haben.

Eine solche Umkehr der bewährten Grundsätze würde zum Bumerang gegen die Kantone und Regionen. Lassen wir ihnen die heute zustehenden Mittel und Kompetenzen, sie kennen die Bedürfnisse der Regionen besser und handeln zweckmässiger und wirksamer. Wir verfügen im übrigen heute schon über ausreichende Verfassungsgrundlagen für eine sinnvolle und vernünftige Verkehrspolitik.

Die verunglückte LdU-Verkehrsinitiative ist deshalb klar abzulehnen. □

Worum geht es?

Die Initiative «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs» verlangt, dass die Förderung des öffentlichen Verkehrs als Daueraufgabe des Bundes in der Verfassung verankert wird. Zur Finanzierung sollen für eine Übergangszeit zusätzlich Treibstoffzollgelder verwendet werden.

Auch wenn für Bundesrat und Parlament die Förderung des öffentlichen Verkehrs hohe Priorität geniesst, lehnen sie die Initiative ab. Die heutigen Verfassungsgrundlagen genügen, um auch in Zukunft den öffentlichen Verkehr mit namhaften Beiträgen zu fördern. Die Initiative sieht zudem eine problematische Finanzierungsart vor.

Unaufgefordert haben alle Leserinnen und Leser des «Freisinns» in den letzten Tagen zwei Exemplare des «Liberalen Manifests» erhalten: eines für sich selbst, das andere, um jemanden aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreis auf das liberale Gedankengut aufmerksam zu machen. Denn Liberalismus ist heute aktueller denn je. Mit dem «Liberalen Manifest» hat die FDP eine moderne Standortbestimmung geschaffen, die immer wieder auch zum eigenen Nachdenken anregt. Zwei Freisinnige unterschiedlicher Generationen formulieren hier ihren liberalen Standpunkt.



Nichts an Aktualität verloren

Giovanni Schramm, Wil

Der moderne Liberalismus ist ideologiefreudlich und nie dogmatisch. Es gibt keine unantastbaren Prinzipien oder Wertmassstäbe. Man darf nicht vergessen, dass die herrschende Meinung oft zu einer Gesinnungstyrannie entartet, die die Emanzipation des Individuums verhindert. Eine liberale Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Dissidenten, die den Andersdenkenden unterstützt.

Eine solche Gesellschaft ist in jeder Hinsicht offen. Sie schützt die Freiheit des Individuums, die Freiheit der Gedanken, die Minderheiten und die Schwachen. Sie ist äusserst



Giovanni Schramm, Rechtsanwalt in St. Gallen und Kandidat der Wiler Freisinnigen für die Nationalratswahlen, meint, der Gedanke der Freiheit habe auch heute nichts an Aktualität verloren.

tolerant, und ihre Gesetze beschränken sich auf die Bekämpfung des Sozialschädlichen, damit das friedliche Zusammenprallen der verschiedenen Gesinnungen gewährleistet ist.

Die liberale Gesellschaft anerkennt die Verschiedenheit des Individuums und ist der Überzeugung, dass der Staat nicht für die Gleichheit der Menschen zu sorgen hat, denn «die Idee der Gleichheit enthält Gefahren für die Idee der Freiheit» (Karl Popper). Die liberale Gesellschaft bekennt sich zur Unvollkommenheit.

Ausbildung

Die Freiheit des Menschen setzt seine Emanzipation voraus. Diese kann nicht durch Gesetze, Richtlinien oder Zwang erreicht werden, sondern nur durch die Überwindung der Rollenzuteilung, die auf Grund von Tradition, Vorurteil, Intoleranz und Ignoranz gegeben ist.

Die liberale Gesellschaft setzt sich vehement für die Ausbildung ihrer Mitglieder ein. Die Aus- und Weiterbildungszentren dieser Gesellschaft sind für jeden, unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Religion, seiner Rasse oder Herkunft, offen. Ziel der Ausbildung muss die Entfaltung und Stärkung des Selbstbewusstseins des Menschen als Sozialwesen sein.

Innere Freiheit

Der liberale Mensch bekennt sich auch zu seiner inneren Freiheit, die täglich durch die Mode, die herrschende Meinung, Karriere, Vorurteile oder das Streben nach materiellen Vorteilen eingeschränkt wird. In bezug auf diese innere Freiheit dürfen keine Kompromisse eingegangen werden. Liberalismus verlangt auch Mut im alltäglichen Leben. Die liberale Gesellschaft achtet und verteidigt die Würde eines jeden Menschen, welche «den Inhalt dessen zum Ausdruck bringt, was jede Person um ihres Menschseins willen von der Gemeinschaft fordern darf» (Jörg Paul Müller).

Das menschliche Leben und die menschliche Würde müssen auch im Zusammenhang mit der Umwelt betrachtet werden. Die Würde des Menschen ist auch die Würde der Natur, in der er lebt und wovon er Teil ist. Wir müssen auch die Würde der künftigen Generationen achten.

Die menschliche Würde muss nicht nur vom Staat, sondern auch von jedem einzelnen respektiert werden. Der moderne Liberalismus sollte m. E. seine Grundrechtstheorie komplexer gestalten. Die Menschheit ist mehr als nur die Summe der einzelnen Menschen. Sie setzt sich aus

Völkern, Kulturen, Staaten und Generationen zusammen.

Demokratie

Die Staatsform des Liberalismus ist die Demokratie, welche nicht unbedingt eine direkte oder halbdirekte sein muss. Sie kann auch eine parlamentarische Demokratie sein. Diese muss aber den Schutz und das Mitspracherecht der Minderheiten gewährleisten. Die Gewaltenteilung muss klar gegliedert sein.

Jeder staatliche Eingriff bedarf einer gesetzlichen Grundlage und muss nach dem Verhältnismässigkeitsprinzip erfolgen. Die Regierungstätigkeit muss transparent und vom Parlament umfassend kontrolliert werden. Der Datenschutz muss umfassend sein. Soweit der Staat Dienstleistungen anbietet, darf er keine Monopolstellung für sich beanspruchen.

Zukunftsgerichtet

Der Reichtum eines jeden Staates sind seine gebildeten und selbstbewussten Menschen. Diese entfalten die nötige Kreativität und Spontaneität, die die Gesellschaft und der Staat braucht, um die Zukunft immer besser zu gestalten. Die Universitäten müssen eine Schmiede von neuen Ideen, neuen Verfahren, neuen Denkmustern werden. Der Liberalismus ist in jeder Hinsicht zukunftsgerichtet.

Schliesslich müssen die Träger der Staatsgewalt konfliktfähig werden. Sie müssen nicht nur die Kritik dulden, sondern sie suchen, denn nur so

sind sie in der Lage, die staatlichen Aufgaben zu perfektionieren. Dabei darf es keine heiligen Kühe geben. Alles muss und darf in Frage gestellt werden. Der Bürger muss ferner die Gewissheit haben, dass er auf Grund seiner Einstellung oder Kritik keine Nachteile irgendwelcher Art zu befürchten hat. Nur wer Kritik ausübt, ist politisch tätig.

Freie Marktwirtschaft

Der liberale Staat schützt die freie Marktwirtschaft, aber er subventioniert sie nie. Er bekämpft die Schaffung von Kartellen, Oligopolen und Preisabsprachen. Jeder soll Zugang zum Markt haben, niemand soll diesbezüglich diskriminiert werden. Nur der Mensch, der sich persönlich und wirtschaftlich im Wettbewerb mit seinen Mitmenschen befindet, kann seinen natürlichen Drang nach Freiheit und Selbsterfüllung befriedigen. Der Wettbewerb sichert ferner die Vielfalt und die Verteilung der Produkte, so wie wir sie heute kennen.

Umweltkosten

Der klassische Liberalismus ist stets davon ausgegangen, dass der Preis eines Produktes vom Gesetz des Angebots und der Nachfrage bestimmt wird. Es war eine lineare Analyse des Marktes, die den Faktor Umweltkosten nicht berücksichtigte. Heute wissen wir, dass die Umweltbelastung zu einem Problem geworden ist, das mit Geld allein nicht gelöst werden kann. Der Marktpreis eines Produktes setzt sich auch aus den Umweltkosten zusammen. Diese werden jedoch nicht vom Käufer bezahlt, sondern von der Allgemeinheit oder von den künftigen Generationen. Insofern stimmt das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht.

Der moderne Liberalismus sollte Wege aus diesem Dilemma suchen. Es ist eine schwierige Aufgabe, denn viele Umweltkosten sind nicht quantifizierbar. Das Problem kann auch nicht mit Verboten oder Geboten gelöst werden, denn es stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Die moderne Industriegesellschaft kennt viele Normen,

die die Beschaffenheit eines Produktes definieren. Diese Normen können auch auf die Wiederverwertbarkeit eines Produktes ausgedehnt werden. Es besteht ferner die Möglichkeit, dass der Produzent mit dem Sicherheitsbeweis eines Produktes auch den Nachweis der umweltgerechten Entsorgung bringen muss.

Problematisch wird die Berechnung der Umweltkosten, die der Konsum von Energie verursacht. Hier müssen Anreize zum möglichst umweltgerechten und sparsamen Verbrauch von Energieträgern geschaffen werden.

Aktualität

Der Liberalismus war die treibende Kraft, die den modernen Staat geschaffen hat. Der Gedanke der Freiheit hat an Aktualität nichts verloren. Seit der Menschenrechtserklärung von 1789 sind 200 Jahre verstrichen. Die Welt steht erneut vor einer Umwälzung. Der moderne Liberalismus hat die Herausforderung erkannt und wird die treibende Kraft bei der Gestaltung der künftigen Gesellschaftsform sein. Der reine Wirtschaftsliberalismus gehört der Vergangenheit an. Er hat seine Aufgabe erfüllt. Die Zukunftsgestaltung wird Aufgabe des neuen offenen Liberalismus sein. □



FDP-Ständerat Ernst Rüesch (rechts, im Gespräch mit dem Fraktionskollegen Nationalrat Kurt Schüle, SH): «Muss der Staat den Bürger auf Schritt und Tritt begleiten, beschützen oder gängeln?»

(Photo ruti)

Liberalismus im politischen Alltag

◊ Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

Das Ideal des Liberalismus liegt in der Wahrung der persönlichen Freiheit des einzelnen Menschen. Der Liberale verlangt individuelle Freiheit im privaten Leben, politische Freiheiten im Staate und die Freiheit, sich beruflich und wirtschaftlich zu entfalten.

Die Freiheit kann aber nicht schrankenlos sein. Weil jeder Mensch ein Recht auf Freiheit hat, hört die Freiheit des Einzelnen bekanntlich dort auf, wo die Freiheit des nächsten beginnt. Diese Einschränkung gilt auch gegenüber der Freiheit kommender Generationen. Der Staat hat mit seiner Rechtsordnung die Grenzen zu setzen.

Schutz vor Missbrauch

Der frühe Liberalismus über sah, dass Freiheit auch missbraucht werden kann. Es kam zur Ausbeutung der Schwachen. In der materiellen Not verliert der Mensch seine individuelle Freiheit.

Die soziale Marktwirtschaft will heute den Missbrauch wirtschaftlicher Freiheit verhindern. Der Staat verbessert mit der Sozialgesetzgebung die Chancen der Schwachen. Er bekämpft den Machtmissbrauch z. B. mit der Kartellgesetzgebung. Er schützt die Freiheit kommender Generationen mit dem Umweltschutzrecht.

Die Liste liesse sich noch verlängern, der Grundgedanke ist für den Liberalen aber immer derselbe: Der Mensch hat ein Recht auf möglichst viel Freiheit. Der Staat soll diese bewahren, nicht nur durch die Freiheitsrechte, sondern auch durch die Verhinderung des Missbrauchs der Freiheit für heute und für morgen.

Gretchenfrage

Sollten wir im politischen Alltag nicht vermehrt versuchen, unsere Gesetzgebung an dieser einfachen Formel zu messen? Jedes Jahr produziert allein der Bund über 2000 Seiten neue Erlasse. Das ist zuviel und hat in manchen Sektoren zu Vollzugsschwierigkeiten geführt.

Montesquieu hat einmal gesagt: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es nötig, kein Gesetz zu machen.» Der grosse Staatsdenker hatte klar erkannt, dass mit noch so gut gemeinten Gesetzen das Ziel verfehlt wird, wenn der Mensch in der Paragraphenflut ertrinkt.

Das Parlament sollte sich nicht nur bei jedem neuen Gesetz, sondern auch bei jedem neuen Artikel die Gretchenfrage stellen: «Ist dieser Artikel zum Schutze der Freiheit aller Menschen inner- oder ausserhalb unseres Landes, für heute oder für morgen, wirklich notwendig, oder ist er gar kontraproduktiv?»

Fortsetzung auf Seite 12

Voranzeige

FDP/SVFF Frauentag 91

Freitag, 24. Mai 1991, 10.15 bis 17.15 Uhr in Thun, Schosshotel Freienhof

Frauen in einer veränderten Welt

Schwerpunkte für eine aktive Zukunftsgestaltung

Für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

Tagungsleitung: Ursula Widmer, Richterin am Eidgenössischen Versicherungsgericht, Luzern

Programm

Standortbestimmung

Teil I: Wandel der Werte – Wandel der Lebensgrundlagen

- Grundsatzreferat zu den Themen:
Gesellschaftlicher Umbruch
Veränderungen in der Arbeitswelt
Neue Lebensformen – neue Lebensmuster
Von Prof. Dr. Kurt Lüscher, Universität Konstanz
- Referat: Politische Anliegen
in einem veränderten politischen Umfeld
Von Françoise Saudan, Kantonsrätin, Genf

Teil II: Neue Herausforderungen in Bildung, Arbeit, Familie und im Sozialbereich

Einführung in die Gruppenarbeit durch Anita E. Calonder Gerster

Kurze Statements zu den Trends

- Bevölkerungsentwicklung
- Familienstrukturen – Rollenwandel der Frau
- Soziale Sicherheit

Daraus abgeleitet ergeben sich die in den Gruppen zu behandelnden Thesen

- zum Bildungswesen
- zur Arbeitswelt
- zur sozialen Sicherheit und zum Gesundheitswesen
- zur Gesellschaft

Zukunftsaufgaben: Erarbeiten von Lösungsvorschlägen

Teil III: Analyse, Bewertung, Gewichtung der Thesen

Politische Wege zu mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

Gruppe 1: Gesellschaft, Familie
Leitung: Geneviève Aubry, Nationalrätin

Gruppe 2: Arbeitswelt
Leitung: Lili Nabholz, Nationalrätin

Gruppe 3: Soziale Sicherheit und Gesundheitswesen
Leitung: Vreni Spoerry, Nationalrätin

Gruppe 4: Bildungswesen
Leitung: Rosemarie Antille, Conseillère nationale
Susi Eppenberger, Nationalrätin

Teil IV: Diskussion und Verabschiedung der Vorschläge im Plenum

Ziel

Die Tagungsunterlagen und Tagungsergebnisse

- werden in einem Grundsatzdokument zusammengefasst, das als Stellungnahme der FDP-Frauen gilt,
- dienen als Grundlage für die Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Anliegen der FDP-Frauen

Teilnehmerinnen

- FDP-Frauen
- Parlamentarierinnen, Mandatsträgerinnen auf den Ebenen Bund, Kanton, Gemeinde

Fortsetzung von Seite 11

Wie wenig diesem Grundsatz heute nachgelebt wird, zeigen die folgenden Beispiele:

- Im Rahmen der Aufgabenteilung Bund/Kantone hat das Parlament die Genehmigungspflicht kantonaler Erlasse durch den Bund in über zwanzig Bundesgesetzen aufgehoben. Dies hat den Nationalrat nicht daran gehindert, bei der Revision des IV-Gesetzes wiederum einen Genehmigungsartikel einzufügen. Die einmal beschlossene Liberalisierung wird schon wieder rückgängig gemacht.

- Eine grosse Zahl der Kantone hat in ihren kantonalen Energiegesetzen Vorschriften über die individuelle Heizkostenabrechnung erlassen. Zum Teil bevor diese Vorschriften in Kraft sind, kommt nun der Bund über den Energienutzungsbeschluss mit eigenen

Normen. Damit entsteht eine Verunsicherung im Vollzug. Die eiligen Kantonsbehörden resignieren. Um die säumigen Kantone in Marsch zu setzen, hätte eine Grundsatzgesetzgebung, basierend auf dem Energieartikel, völlig genügt. Kantone und Bürgerschaft wurden unnötig in ihren Freiheiten beschnitten. Das Vorgehen ist sogar kontraproduktiv.

- Wieso brauchen wir im landwirtschaftlichen Bodenrecht unbedingt ein Bewilligungsverfahren? Das vom Bundesrat vorgeschlagene Einspracheverfahren hätte durchaus genügt, den Missbrauch wirtschaftlicher Freiheiten zu verhindern. Bei unbestrittenen Rechtsgeschäften hätte man auf die Einmischung des Staates verzichten können.

- Wird die Sicherheit der Einzelnen wirklich erhöht, wenn man vor dem Kauf eines Holzkonservierungsmittels einen

Giftschein holen muss? Muss der Staat den Bürger auf Schritt und Tritt begleiten, beschützen oder gängeln?

Gottfried Keller hat einmal gesagt: «Wer freisinnig ist, traut sich und der Welt etwas Gutes zu!» Als Liberale sollten wir im politischen Alltag diese Haltung wieder vermehrt durchsetzen. □

LFSÄ

Der Zentralkomitee des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSÄ) hat an seiner Februarsitzung die Parolen für die eidgenössische Volksabstimmung vom 3. März 1991 beschlossen. Unbestritten war die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre. Damit wird einem langjährigen Postulat

der LFSÄ-Jugend entsprochen.

Geteilt waren die Ansichten bei der LdU-Initiative «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs». Einerseits wurden viele Begehren der Initiative zwischenzeitlich erfüllt: Taktfahrplan, Tarifverbände in vielen Städten und Regionen oder Huckepackverkehr. Andererseits wird die Verlagerung der Gütertransporte auf die Schiene begrüsst. Die Zweckbindung der Treibstoffzölle und die vom Bund in Aussicht gestellte Schadstoffabgabe dürften aber zu einer massiven Verteuerung von Benzin und Diesel führen, wovon die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am stärksten betroffen sind. Die berechtigten Umweltschutzbemühungen kollidieren so mit den Mobilitätsbedürfnissen weiter Bevölkerungskreise: Der LFSÄ empfiehlt daher Stimmfreigabe. □

Ohne Energie geht gar nichts

Der Tätigkeitsbereich des Vereins «Frauen für Energie» (ffe) beschränkt sich nicht nur auf das Genannte im Kurzbeschrieb (siehe Kästli). Vor Energieabstimmungen werden wir auch nach aussen aktiv, dank persönlichen Engagements vieler Mitglieder, die auch zum Teil in politischen Gremien tätig sind.



1986 reichten die «Frauen für Energie» eine Petition zur Erhaltung der Kernenergie mit über 20 000 Unterschriften ein.

Janine Isler-Baumer*

1984 fand der erste dieser Einsätze statt: Ablehnung der damaligen Atomverbotsinitiative.

1986, nach dem Unfall in Tschernobyl, der nota bene in

Was will die ffe?

Der Verein «Frauen für Energie» (ffe) ist im Jahre 1982 gegründet worden. Der Gründungsvorstand, darunter sechs Physikerinnen, hatte zum Ziel, sachliche Energieinformation von Frau zu Frau zu vermitteln, daher der Name des Vereins. 1987 Statutenrevision, mit welcher auch Männern die Mitgliedschaft ermöglicht wurde.

Die ffe setzt sich für eine gesicherte Energieversorgung und eine verantwortungsbewusste Energiepolitik ein. Sie informiert über sinnvolle Sparmassnahmen, über die Umweltverträglichkeit der Energieträger und die beste Nutzung der vorhandenen Energien. Zweimal jährlich werden energiebezogene Exkursionen organisiert.

Finanziert wird der Verein durch Mitgliederbeiträge und Spenden aus Gewerbe und Industrie.

Kontaktadresse für Interessierte: ffe, Postfach 286, 9320 Arbon. □

Russland stattgefunden hatte, reichten die ffe am 8. Oktober desselben Jahres eine Petition an die eidgenössischen Räte ein mit 21 011 Unterschriften: eine Petition zur Erhaltung der Kernenergie für die schweizerische Stromversorgung.

Der dritte und bis anhin letzte Einsatz fand im Sommer 1990 statt. Im Gegensatz zu den früheren, nur deutschsprachigen Informationskampagnen haben wir die letztjährige auf die Romandie und den Tessin ausgeweitet, in der entsprechenden Landessprache.

ffe sind seit ihrer Gründung ein gesamtschweizerischer Verein mit Mitgliedern in der welschen und der italienischen Schweiz, es fehlen bis heute aber regionale Sektionen. Diese nun zu gründen ist eine unserer dringendsten Aufgaben für das vor uns liegende Jahr.

Zum 23. September 1990

Die Analyse über die Abstimmungsergebnisse der Energieinitiativen liegt vor. Es seien hier nur einige Punkte herausgegriffen.

Eine Stimmbeteiligung von nur 39,2 Prozent für derart entscheidende energiepolitische Weichenstellungen lässt in mir persönlich einmal mehr die Frage aufkommen, ob in der heutigen Zeit die direkte Demokratie noch sinnvoll sei. Die Analyse bestätigt, dass für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Meinungs-

bildung nicht leicht oder sogar schwer war.

Die welschen Stimmbürgerinnen haben den Initiativen in einem höheren Prozentsatz zugestimmt als die Deutschschweizerinnen. Ob dies an «mangelnder» Information lag? Wie dem auch sei, für uns ist es eine zusätzliche Motivation, als ersten Schritt die Gründung einer «section romande» voranzutreiben.

Die genannte Analyse sagt aus, dass die FDP mit ihrer Anhängerschaft die Initiativen am deutlichsten abgelehnt hat. Diese klare Stellungnahme gehört wohl unter das Motto: «Flagge zeigen»! Diese Studie ist jedenfalls für alle Interessierten eine aufschlussreiche Lektüre.

Vernetztes Denken

Viel ist in letzter Zeit, insbesondere von politisch-grüner Seite, von diesem ganzheitlichen Denken die Rede gewesen. Man dürfte doch annehmen, dass darin enthalten wäre, eine Sache «zu Ende zu denken». Dem ist offenbar nicht so.

Gerade von Kernenergiegegnern wird nach wie vor als Alternative zum Kernkraftwerk von Sonnenenergie geschwärmt, neuerdings auch von BHKW (Blockheizkraftwerken). Für eine nennenswerte Leistung der Photovoltaik werden Solarzellen entweder chemisch «gedopt» oder in riesigen Flächen angelegt. Deren Endzustand: Abfall und Sondermüll. Dass BHKW mit fossilem Brennstoff, Gas oder Öl betrieben werden, wird fast nebenbei erwähnt. Wo bleiben denn da die Forderungen nach Reduktion der Abfallmengen und Verbesserung der Luftqualität? Sowohl die Sonne als auch das BHKW können als Ergänzung zur Kernenergie, nicht aber als deren Ersatz betrachtet werden.

Nutzen wir das zehnjährige Moratorium für Forschung, für Sparversuche am richtigen Objekt, aber auch für das Vermitteln von sachlicher, gut verständlicher Information. Energie haben, in welcher Form auch immer, bedeutet Macht. Es muss verhindert werden, dass die Schweiz im Energiebereich machtlos beziehungsweise zunehmend auslandabhängig wird. □

* Seit 1989 Präsidentin des Vereins «Frauen für Energie».

ffe Frauen für Energie
dpe Donne per l'energia
fpe Femmes pour l'énergie
 Energie ist nicht alles, aber (fast) alles braucht Energie
 L'Energia non è tutto, ma (quasi) tutto adopera Energia
 L'Energie n'est pas tout, mais (presque) tout en dépend

Zeit, Geld oder Strom sparen?

Soll im Nationalrat Energie in Form von Zeit, Geld oder – völlig unpopulär – Strom eingespart werden? Auch nachdem sich die eidgenössischen Parlamentarier in der Sondersession im Januar gegen die Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems ausgesprochen haben, hat diese Frage an Bedeutung nichts eingebüsst. Gescheitert ist das Geschäft an der Frage der Transparenz und wegen zu hoher Kosten. Von einem Mehrverbrauch an Strom (zwar wäre er gering ausgefallen, hätte aber dennoch dazu beigetragen, dass der gesamte Elektrizitätsverbrauch unseres Landes auch in Zukunft ungebremst weiterwächst) war im Parlament nicht die Rede.

Drehen wir das Rad der Zeit zurück: Haben sich nicht gerade jene Kreise, die 1987 den Vorstoss für ein elektronisches Abstimmungsverfahren unternommen haben, stets gegen eine Mehrproduktion von Strom in der Schweiz stark gemacht? Von der SP beispielsweise, die das Unternehmen damals lanciert hat, ist nicht bekannt, dass sie für eine die Bedürfnisse unseres Landes deckende, wirtschaftlich verantwortbare Elektrizitätsproduktion einsteht; dies hat sie anlässlich der Abstimmungen vom September letzten Jahres erneut bewiesen, als es um das Moratorium im Kernkraftwerkbau und den Ausstieg aus der Kernenergie gegangen ist: Stromsparen ist gut, aber nur als Lippenbekenntnis vor Abstimmungen ...

M. Geiger, Zürich

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Spross

Wir planen, bauen, seriieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Nicht Jammern und Schimpfen über die Autogegner vermag den Widerstand gegen das Auto und damit die Strasse abzubauen, sondern nur eine innovative und zukunftsverträgliche Entwicklung im Fahrzeug- und Motorenbau. (Photo AMK)

Zukunftssicherung der Automobilität

Der Widerstand gegen Auto und Strasse verstärkt sich zusehends, was vor allem mit der Umweltbelastung durch den Strassenverkehr zusammenhängt. Insbesondere die Gefahren, die vom Treibhauseffekt ausgehen, bringen das Auto (stellvertretend für Motorfahrzeuge) und damit auch die Strasse in eine immer ungünstigere Position. Die Zukunft der Automobilität ist daher längerfristig nur dann gesichert, wenn es gelingt, mittelfristig den gesamten fossilen Treibstoffverbrauch stark zu reduzieren und längerfristig die fossilen Brennstoffe durch umweltverträgliche «Treibstoffe» zu ersetzen. Diese Zielsetzung stellt an die Autoindustrie eine gewaltige Herausforderung.

Im Rahmen der freien Marktwirtschaft werden aber weder die Autoindustrie noch die Autofahrer von sich aus die notwendigen Massnahmen zur Entlastung der Umwelt vollziehen. Zuerst muss daher der Staat im Interesse seiner Bürger und ihrer Umwelt auf dem Automarkt für alle die gleichen Chancen schaffen. Dazu sind

vom Staat entsprechende ordnungspolitische Randbedingungen (z. B. Grenzwerte für Benzinverbrauch pro Fahrzeug auf 100 km) festzulegen, damit die Autoindustrie und die Autofahrer aus Eigeninteresse das tun, was der Erhaltung einer menschen- und umweltverträglichen Erdatmosphäre am besten dient.

Mit einer solchen Ordnungspolitik hilft der Staat zudem der Autoindustrie, rechtzeitig umweltverträgliche Autos bereitzustellen. Eine zu späte Einsicht in diese Notwendigkeit könnte die Existenz der Autoindustrie und des Autogewerbes ernsthaft in Frage stellen, was auch für deren Beschäftigte und damit für den Staat zu dramatischen Konsequenzen führen könnte. Obwohl die Schweiz keine eigene Autoindustrie besitzt, kann sie mit entsprechendem Vorgehen eine heilvolle Signalwirkung für andere Staaten und die Autoindustrie bewirken, was ja die Schweiz in anderen Fällen bereits mit Erfolg getan hat.

Nicht Jammern und Schimpfen über die Autogeg-

ner vermag den Widerstand gegen das Auto und damit die Strasse abzubauen, sondern nur eine innovative und zukunftsverträgliche Entwicklung im Fahrzeug- und Motorenbau sind in der Lage, die Zukunft des Autos und damit der Strasse auch weiterhin zu gewährleisten. Gerade die heutige Ungewissheit über das Gelingen einer solchen Entwicklung gibt den Gegnern von Auto und Strasse starken Auftrieb. Der Katalysator stellt nur einen ersten bescheidenen Schritt für die Zukunftssicherung des Autos und damit der Strasse dar. Nun muss aber ein entscheidender technologischer Schritt beim Motorfahrzeugbau – und zwar bei Personwagen wie bei Lastwagen – im obigen Sinne folgen. Dazu gehört auch, dass das Auto gesamthaft weniger Platz beansprucht und weniger Lärm (Lastwagen!) verursacht. Ein umweltfreundliches und platzsparendes Auto beziehungsweise Autobetriebssystem würde zudem die Ziele der Wohn- und Siedlungsqualität besser unterstützen.

Die Zukunft der Automobilität ist also entscheidend von der Entwicklung im Motorfahrzeugbau abhängig. Wenn diese Entwicklung nicht bald zu einem umwelt- und siedlungsverträglichen Auto führt, so wird dem Auto und damit der Strasse immer mehr Widerstand erwachsen. Im Interesse der Zukunftssicherung der Automobilität sollte daher auch die FDP im obigen Sinne mitwirken, die entsprechenden ordnungspolitischen Weichen zu stellen.

Werner Streich
dipl. Bauing. ETH/SIA/ASIC
Zollikerberg

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beitragen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Sicherheitspolitik im Wandel: Heisse Eisen mutig anpacken

Die zu Beginn dieses Jahres aufgenommene Beratung des «Berichtes 90» durch eine nationalrätliche Kommission aus Vertretern aller Parteien und unter Beizug anerkannter Experten fand in diesen Tagen ihren vorläufigen Abschluss. Erfreulicherweise behindern weder ein Rückweisungsantrag noch die ursprünglich in Aussicht gestellte Forderung von SP-Seite nach diversen (zeitraubenden) Zusatzberichten eine zügige Behandlung in der kommenden Frühlingssession. Allgemein ist man der Ansicht, der Bundesrat habe seine Schulaufgaben für einmal recht gut gemacht; jedenfalls hätte man's nicht viel besser erledigen können.

Raphael Weibel*

Der rechtzeitig vorgelegte Bericht leitet einen neuartigen strategischen Denkprozess ein. Dabei wurden markante Akzentverschiebungen und eindeutig formulierte Absichten bezüglich der Bewältigung der künftigen Sicherheitsprobleme gepaart mit der heute mehr denn je unerlässlichen Notwendigkeit genügender Offenheit und Flexibilität, um sich so der Lageentwicklung rasch anpassen zu können. Altem blieb man nicht unnötig verhaftet, ohne sich aber in Naivität schönen Utopien hinzugeben.

Die breite Darstellung möglicher Bedrohungsformen sowie der Mut, in einer sich rasant wandelnden Zeit überhaupt eine sicherheitspolitische Neuausrichtung zu wagen, verdient Anerkennung. Gerade die weitverbreitete Ungewissheit von heute – u. a. in Bezug auf das Baltikum, die Golfregion, den europäischen Integrationsprozess, den Migrationsbewegungen, den Fundamentalismus, die Energiefrage und vieles mehr – ruft nach klaren Leitlinien, welche durch eine Mehrheit der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden.

Traditionelle Rhetorik

Just an diesem Verständnis mangelt der «Bericht 90». Seine Sprache entspringt zum Teil traditioneller Rhetorik. Zwischen Jungen und Alten, Bür-

gern und Experten bestehen unüberwindbare Diskrepanzen in der Vorstellung über die zukünftige Sicherheitspolitik. Einen Konsens zu finden, wird sich als schier unmögliches Unterfangen erweisen.

So entstammt beispielsweise der Begriff der Stabilität (als Ziel der Sicherheitspolitik) dem Vokabular der «Kalten Krieger»; denn heute befinden wir uns in einer Zeit dauernder Instabilität – oder besser ausgedrückt: in einer Zeit dynamischer Prozesse. Ziel der Sicherheitspolitik sollte demnach sein, Instrumente und Strukturen zu schaffen, welche leicht und schnell ab- oder aufbaufähig sind, um so die Ungewissheit der Instabilität möglichst gering zu halten.

Zudem lässt sich die Sicherheitspolitik nicht einfach von oben nach unten verordnen. Auch wenn den im «Bericht 90» gestellten Existenzfragen für Volk und Staat Verfassungsrang zukommt, so sind die allgemein gehaltenen Thesen doch hinreichend zu konkretisieren und zu veranschaulichen.

Unklarheiten

Gerade die Frage der adäquaten Verteilung der Mittel zur optimalen Gefahrenprävention bleibt ungeklärt. Wie soll sich der Bundesrat rasch Informationen über bestehende Gefahren verschaffen? Soll ihm ein nationaler Sicherheitsrat (Rat der Weisen) beistehen? Wie wird die Aussenpolitik zum strategischen Mittel, um unsere Souveränität im internationalen Umfeld zur Geltung zu bringen?

Der Begriff der Integrationspolitik als unser Verhältnis zu

Europa wird ebenso unklar umschrieben wie die Bedeutung der Neutralität. Diese Kernfrage, wieviel Unabhängigkeit oder Abhängigkeit sich die Schweiz heute aussenpolitisch verschaffen respektive eingehen will und kann, wird leider einmal mehr bewusst nicht beantwortet.

Demgegenüber nimmt das diesbezügliche Verständnis des Auslandes rapide ab. Wegen der kompromisslosen Erklärung unserer Neutralität in der Manier vergangener Zeiten laufen wir Gefahr, uns allzu stark zu desolidarisieren. Bewusstes Abseitsstehen im Zuge von Massnahmen im Interesse der kollektiven Sicherheit etwa werden wir uns wohl kaum mehr lange leisten können! Eine rasche Klärung unserer Haltung täte hier Not. Wie unsicher, ja beinahe laviierend verhielt sich doch der Bundesrat in der Frage der Befreiung Kuwaits – ganz im Gegensatz zu den ebenfalls neutralen Staaten Österreich und Schweden.

Andererseits glaubt man immer noch an die Sonderrolle der Schweiz im Staatengefüge. Unser Land bietet voller Stolz seine Guten Dienste an, führt Schlichtungsverfahren durch, möchte gerne eine treibende Rolle in der KSZE spielen und glaubt schliesslich beispielhaft für andere zu wirken. So ehrenvoll und selbstlos diese Bestrebungen auch sein mögen, so wenig darf sich die Schweiz mit ihrer Kleinheit und ihrem schwindenden Ansehen im Ausland dazu versteigern zu glauben, die Entwicklung des Weltgeschehens massgeblich beeinflussen zu können. Sich vermehrt in Beschei-

denheit zu üben, wäre wohl angebrachter.

Heisse Eisen anpacken

Was bisher nicht beantwortet wurde, lässt sich ja leicht nachholen. Es liegt auf der Hand, dass eine umsichtige und vertiefte Behandlung wohlüberlegt sein muss und Zeit benötigt. Dennoch hat man baldmöglichst Farbe zu bekennen. Das Ausland will wissen, nach welchen Maximen sich die Schweiz in einer sich wandelnden Zeit zu verhalten gedenkt. Will sie inskünftig vermehrt als Mitspielerin auftreten, die ihren Einsatz getreulich leistet oder aber steht sie lieber abseits, bis man sie gelegentlich ruft?

Der angeschlagene Entscheidungsrhythmus wird sich ohnehin als problematisch erweisen. Die Arbeiten zu Armee 95, der Bericht Schoch, die Zivildienstfrage und die EWR-Verhandlungen sind relativ weit vorangeschritten und liegen teilweise bereits «ausgebrütet» vor, während Kernfragen der Sicherheitspolitik immer noch einer Antwort harrten. Packen wir die heissen Eisen mutig an, ehe uns die Ergebnisse erneut beinahe überrollen! □

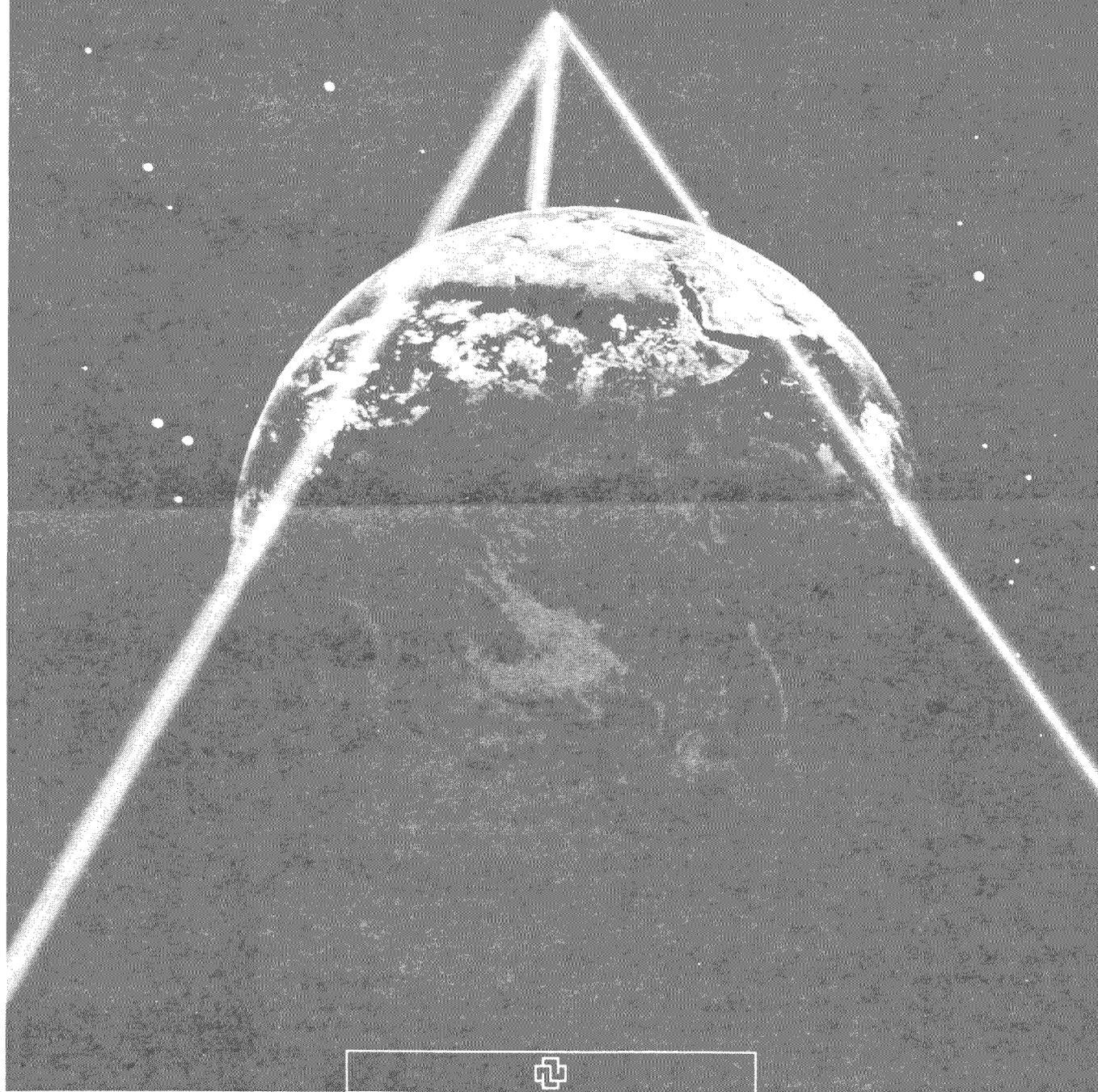


Die Bewältigung der künftigen Sicherheitspolitik erfordert neue Antworten.
(Photo Armeephotodienst)

* Mitglied des Zentralvorstandes der Jungliberalen Bewegung der Schweiz. Mitglied des Sicherheitspolitischen Ausschusses der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz.



Unser Finanzplatz ist die
ganze Welt.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Weder Ort noch Zeit sollen für die Abwicklung Ihrer Bankgeschäfte eine Rolle spielen. Deshalb sind wir auf allen wichtigen Finanz-

plätzen der Welt rund um die Uhr vertreten.

So können Sie uns in der Schweiz zu jeder Tages- und Nachtzeit Aufträge erteilen, zum Beispiel Devisen in Tokio oder New York zu kaufen. Was auch immer Sie an Geschäften tätigen wollen, wir sind für Sie da. Jederzeit, kompetent und freundlich, überall auf der Welt.

SKA - die Bank mit Perspektiven.

FDP-Leute

Neuer
SGV-Präsident

FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Früh (AR) wird neuer Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV).

Das Präsidium des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) geht an die FDP: Auf CVP-Ständerat Markus Kündig (ZG) folgt der Appenzeller FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Früh. Am 25. September dieses Jahres soll Früh, bisher Vizepräsident des SGV, an die Spitze des einflussreichen Verbandes treten. Der SGV-Vorstand hat beschlossen, Früh

der Gewerkekammer zur Wahl vorzuschlagen.

Als Direktor des SGV amtiert bereits seit zwei Jahren Pierre Triponez, der Peter Clavadetscher abgelöst hat. Clavadetschers Abtritt hatte damals Wirbel ausgelöst. Diese Probleme hat Früh – tatkräftig im Hintergrund wirkend – entscheidend mitgeholfen zu lösen. Früh will nun frischen Wind in den Verband bringen. Statt zu warten und zu reagieren, solle der SGV vermehrt in die Offensive gehen.

In der Politik hat sich der Drogist Früh vor allem in der Gesundheitspolitik einen Namen gemacht. □

FDP-News

Die unter dem Präsidium von Nationalrat Pascal Couchepin (VS) tagende «Arbeitsgruppe Medienpolitik» der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz hat eine vertiefte Aussprache über die Strukturprobleme der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) insbesondere in der deutschen Schweiz durchgeführt. Sie beschloss, einen Arbeitsausschuss aus der Mitte ihrer Mitglieder zu bilden, der beauftragt wurde, zu prüfen, wie diese Strukturen reorganisiert werden könnten. □

Elegantes
Accessoire

Weiss, blau, rot – in ihren Farben hat die FDP ein neues Foulard kreiert. Aus reiner Seide, versteht sich. Als elegantes Accessoire setzt es Ihrem Mantel, Ihrer Bluse den modischen Farbtupfer auf. Bestellen Sie es, solange der Vorrat noch reicht!

Kostenpunkt: Fr. 50.–

Ja, ich bestelle _____ Exemplar(e) des Foulards aus reiner Seide à Fr. 50.–

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich
für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

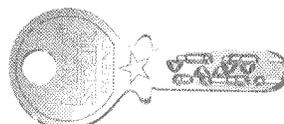
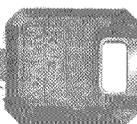
Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Verlieren heisst
nicht verloren.

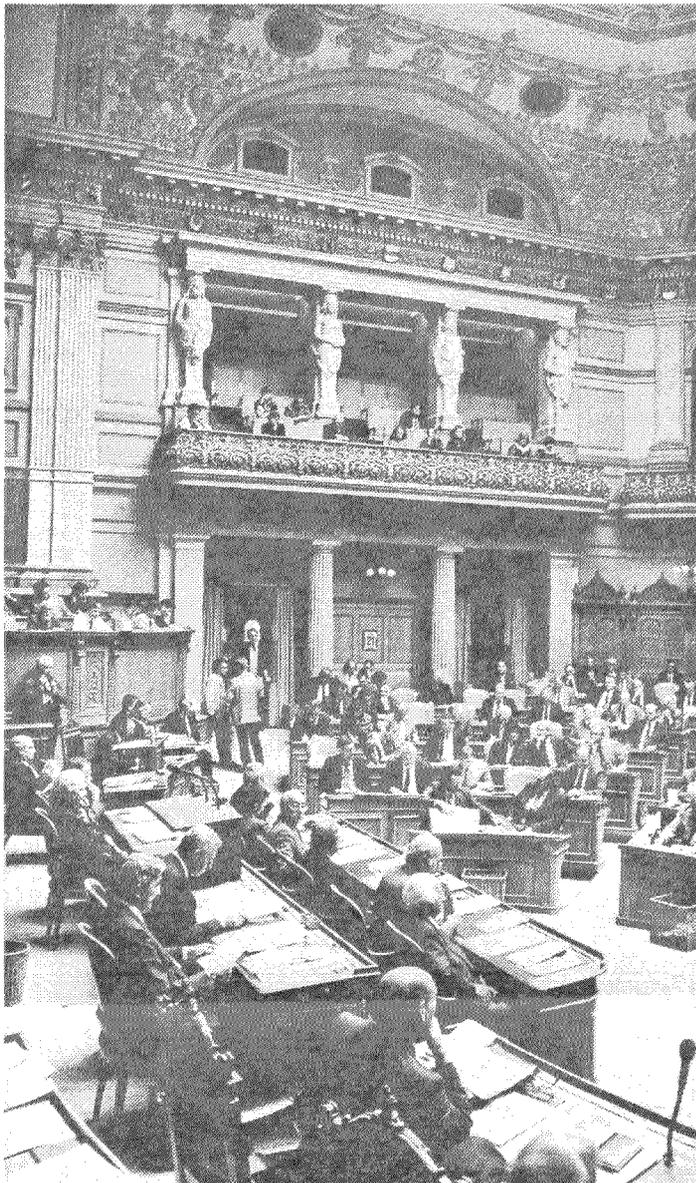
KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber unprogrammiert werden.

KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:

Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 6111, Fax 01/931 63 85

KABA®



Wie viele Frauen sind im Parlament?

Seit 1971 sind neben den Schweizern auch alle Schweizerinnen «weltlichen Standes, die das 20. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht vom Aktivbürgerrecht ausgeschlossen sind», wählbar. Wie viele Frauen hat es heute im Nationalrat beziehungsweise im Ständerat? Ein Tip: Der Nationalrat hat seit 1962 eine feste Mitgliederzahl von 200 Abgeordneten. Der Frauenanteil beträgt dort fünfzehn Prozent. Im Ständerat gibt es 46 Abgeordnete, knapp elf Prozent sind Frauen. Zusatzfrage: Wie viele Frauen hat die FDP-Fraktion, wie heissen sie, und woher kommen sie?

Im Nationalrat hat es inzwischen dreissig Frauen, im Ständerat fünf. Die FDP-Fraktion ist als grösste Fraktion mit nur fünf Frauen im Nationalrat vertreten. Es sind dies: Rosemarie Antille (Wallis), Genevieve Aubry (Bern), Susi Eppenberger (St. Gallen) und die beiden Zürcherinnen Lilli Nabholz und Vreni Spoerry. Die Wahlen im Herbst 1991 werden an dieser Zusammensetzung sicher einiges ändern. Zu Diskussionen Anlass geben wird in nächster Zeit auch die Initiative «Nationalrat 2000», in der Frauenorganisationen der alten und neuen Frauenbewegung gleich viele Frauen wie Männer im Nationalrat fordern.

Antwort

Mutzli

FDP-Parteipräsident Franz Steinegger erzählt gerne folgende Geschichte: Als er einmal an einem Hof vorbeispazierte und der Hund bellte, meinte der Bauer beruhigend: «Du brauchst keine Angst zu haben, der Hund frisst nicht jeden Dreck.»

*

Die Politik der Sozialdemokraten gegenüber den Freisinnigen im Parlament charakterisierte der FDP-Parteipräsident einmal wie folgt: «Wenn wir von der FDP zwei Gescheitheiten machen, wollen sie unbedingt eine Dummheit zur Kompensation.»

*

Etwas gewagt nannte Franz Steinegger die Freisinnig-Demokratische Partei die «Partei der Arbeitenden» oder die «arbeitende Partei».

*

«Er ist vorgeschlagen und damit gewählt.» – So verkürzte der Parteipräsident Franz Steinegger eine eher formelle Wahl.

*

Lakonisch erzählte der Parteipräsident aus seiner Familiengeschichte: «Mein Grossvater war Bremser am Gotthard. Später wurde er Politiker.»

*

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft hat eine neue Umschreibung erhalten: «Das Buwal ist unsere neue Glaubenskongregation», definierte Bundespräsident Flavio Cotti im engern Kreis.

*

Worin sieht Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz den Unterschied zwischen einem SBB-Beamten und dem Bundesrat? – Ein Bundesrat darf auch noch später als acht Stunden vor der Arbeit trinken. □

SVFF

Anlässlich der Präsidentinnenkonferenz der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen SVFF informierte Nationalrätin Verena Spoerry die Anwesenden über die neue Finanzordnung des Bundes. Zu diesem Jahrzehntgeschäft wird der Souverän im

Juni Stellung nehmen. Grundsätzlich geht es darum, Strukturmängel bei der direkten Bundessteuer zu beheben und den Übergang von der einphasigen Warenumsatzsteuer zu der europafähigen mehrphasigen Mehrwertsteuer zu bewerkstelligen. Während bei der direkten Bundessteuer nun neu ein Doppeltarif mit Verflachung der Belastung für Familien und dadurch tendenziell ein leichter Abbau der Bundessteuer erwirkt werden soll, handelt es sich bei der Umwandlung der Wust um einen eigentlichen Systemwechsel. Damit mag einerseits die Abschaffung der Umstrittenen und wettbewerbsverzerrenden «taxe occulte» erreicht, andererseits aber eine europafähige Konsumsteuer verwirklicht werden. Spoerry wies darauf hin, dass mit dem Wechsel zur Mehrwertsteuer auch eine Ausweitung der Steuerpflichtigen in Kauf genommen werden müsse, was zu verschiedenen Unmutsäusserungen vom betroffenen Gewerbe geführt habe. Dennoch plädierte die Referentin für eine Zustimmung zu der Vorlage. □

Heisser Draht

Für angehende Rekruten, die sich über die Aushebung und die Rekrutenschule ins Bild setzen wollen, gibt es eine Informationsstelle: das Rekruten-telefon, (01) 383 48 10. Es wird vom Forum Jugend und Armee Zürich betrieben, welches auch Herausgeber der «Tips für die RS» ist. Junge, sachkundige Armeeangehörige beantworten alle Fragen, die einem angehenden Rekruten auf der Zunge brennen. Aber auch alle anderen interessierten Jugendlichen können sich an das Rekruten-telefon wenden. Es ist jeden Dienstag von 18 bis 20 Uhr bedient.

Bestellungen der «Tips für die RS» werden schriftlich entgegengenommen. Adresse: Forum Jugend und Armee, Postfach 4986, 8022 Zürich. (Bitte frankiertes und adressiertes Antwortkuvert im Format C5 beilegen!) □



"VERFILZUNG" - ODER KOOPERATION?

Demokratie und Kirche



Wie gut vertragen sich Kirche und Demokratie? Eine offene Frage nicht nur in der katholischen Kirche.

Von Sonja Daeniker-Pfister, Zollikon

Robert Leuenberger zeigte in seinem einleitenden Referat zwei Aspekte des Themas auf, nämlich den des Verhältnisses zwischen Kirche und staatlicher Demokratie und den der Demokratie innerhalb der kirchlichen Institution. Nach der Reformation habe die staatliche Obrigkeit wesentliche Funktionen des Papstes und der Bischöfe übernommen. Überreste des reformierten Staatskirchentums in der Schweiz bestehen noch heute. So unterstehen dem Staat wesentliche Aufgabenbereiche der Kirche: die theologische Pfarrerausbildung an der Universität und der Religionsunterricht an den Schulen.

In der reformierten Kirche des 19. Jahrhunderts habe es keine Kulturkämpfe gegeben, so Leuenberger weiter, da die Kirchen die Wandlungen des Staates mitmachten und das demokratische System bis hin zum Parteiensystem (Fraktionen in den Synoden) übernahmen. Die Legitimation des Staates sei allerdings juristisch, der Staat habe Gerechtigkeit zu üben und den Schutz gegen aussen zu gewährleisten, während die Ordnung der Kirche geistlicher Natur sei, sie dürfe

sich nicht mit Waffen schützen.

In bezug auf die Demokratie innerhalb der Kirche lasse sich im Neuen Testament als geistliche Grundlage erkennen, dass das einzige Haupt der Kirche Christus sei. Die einzelnen Christen seien gleichwertige Glieder seines Leibes. Der sich ergebenden weite Spielraum von der «Papstkirche» bis zu charismatischen «Laienkirchen» enthalte ein grosses Konfliktpotential. Zwischen dem «Heiligen Geist» und der Institution Kirche bestehe eine Spannung, die nicht aufgehoben werden dürfe, da sich sonst eine Vermenschlichung der Kirche unter dem Deckmantel der geistigen Legitimation ergäbe. Jeder Christ sei, auch als Bürger, vor Gott verantwortlich, stehe aber für alles auch in der Gnade Gottes. Auch bei kirchlichen Verlautbarungen könne der Nachdruck nur in der Kraft des Argumentes und nicht in einem Anspruch der höheren Autorität liegen.

Theokratie

Victor Conzemius zitierte eingangs die Definition eines Religionslehrers, wonach die Kirche nicht Demokratie, sondern Theokratie sei. Er erläuterte die grundsätzliche Problematik in der katholischen Kirche anhand der Stellung des päpst-

lichen Lehramtes und des langen Weges der Kirche zur Anerkennung der Menschenrechte. In der Folge des Kulturkampfes im 19. Jahrhundert habe sich in der Schweiz eine (begrifflich anfechtbar formulierte) Indifferenz der Kirche gegenüber der Staatsform und eine Äquidistanz gegenüber den Parteien ergeben. Bei der langsam einsetzenden Demokratisierung, die hier vor allem von Laien ausgegangen sei, gehe es nicht um ein Ausräumen von Missverständnissen, sondern um einen Abbau unversöhnlicher Konflikte.

Aus staatsrechtlicher Sicht ging der Rechtswissenschaftler Daniel Thürer von der religiösen Legitimierung des Staates aus, wie sie heute noch aus dem Vorspruch unserer Bundesverfassung ersichtlich sei. Dann aber regelten die Bundesverfassungen, insbesondere diejenige von 1874, Fragen des Glaubens von Einzelnen, des Kultus von Religionsgemeinschaften usw. im Rahmen liberal-rechtsstaatlicher und demokratischer Staatsvorstellungen.

Als Alternative wies Thürer auf die Verfassungsordnung der Vereinigten Staaten hin, welche auf dem Paradox beruhe, dass sie einerseits die Religion strikt und konsequent in den privaten Bereich zurückdränge, andererseits aber gerade

Über hundert Teilnehmer konnte der Zürcher Parteipräsident Oscar Fritschi an der diesjährigen Tagung «Kirche und Politik» begrüßen. Nationalrat Kurt Müller stellte die Referenten vor, die das Thema «Demokratie und Kirche – Staatsverständnis, Kirchenverständnis» aus reformierter, katholischer und staatsrechtlicher Sicht beleuchteten: Robert Leuenberger,¹ Victor Conzemius² und Daniel Thürer.³ Zu den Fragen aus den Arbeitsgruppen nahmen die Referenten in einem Schlussplenum Stellung.

durch radikale Trennung von Kirche und Staat ein starkes moralisch-religiöses Politikverständnis und Bürgerengagement ermögliche. Er warf die Frage auf, ob nicht auch in der Schweiz ein Rückzug aus dem Staat der Kirche die Möglichkeit geben würde, ihren Auftrag als gestaltende Kraft in der Öffentlichkeit vermehrt wahrzunehmen.

«Fall Haas»

Im Schlusspodium kam man unter anderem nochmals auf den «Fall Haas» zu sprechen und fragte sich, ob es wohl typisch schweizerisch sei, dass dieser Fall, zu dem es ja Analogien in anderen Ländern gibt, hier zu derart nachhaltigen Reaktionen geführt habe.

Darauf anspielend erklärte Tagungsleiter Nationalrat Kurt Müller in seinem Schlussvotum, die demokratische Gestaltung der westlichen Gesellschaft sollte die Kirche veranlassen, im institutionellen Bereich vorhandene Mitbestimmungsrechte der Basis nicht zu schmälern oder zu unterlaufen, sondern zu stärken. □

¹ Robert Leuenberger, Honorarprofessor der Theologischen Fakultät an der Universität Zürich

² Victor Conzemius, Professor, Luzern

³ Daniel Thürer, Professor für Völker-, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich